

ANLIEGERGEMEINSCHAFT - Schulparkplatz Roisdorf

Bornheim, im August 2012

Stadt Bornheim
Ausschuss für Bürgerangelegenheiten
Herrn Thorsten Knott
Rathausstraße 2

53332 BORNHEIM

Stadt Bornheim
28. AUG. 2012
Rhein-Sieg-Kreis

Anregung nach § 24 GO, hier: Störung der Nachtruhe im Ortsteil Roisdorf.

Sehr geehrter Herr Knott,

hiermit bitten die Unterzeichner folgende Anregung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten zu behandeln:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten empfiehlt dem Rat eine ordnungsbehördliche Verordnung zu erlassen, die ein Alkoholverbot einschließlich eines Glasverbotes für den städtischen Parkplatz und in der Schutzhütte an der Friedrichstraße beinhaltet.

Begründung:

Nach nunmehr vielen Gesprächen mit den Jugendlichen, den zuständigen Fachbereichen der Bornheimer Stadtverwaltung, der Polizei und dem Ortsvorsteher hat sich in der Angelegenheit „Nachtruhe Friedrichstraße“ in der Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr nichts getan.

Verstärkt wird unter der Woche, besonders an den Wochenenden und vor Feiertagen, trotz Parkgebotes für nur 2 Stunden, der Parkplatz Friedrichstraße von jungen Erwachsenen als Autotreffpunkt genutzt.

Bis zum darauf folgenden Tagesbeginn wird von nachmittags an, unter Begleitung von Bass-Gedröhn, auf diesem Parkplatz Party gemacht und alkoholische Getränke konsumiert.

Die Polizei, wenn sie überhaupt kommt, verweist darauf, dass sie nicht für den ruhenden Verkehr zuständig ist und Jugendliche ab 16 Jahren nicht das Biertrinken auf öffentlichen Parkplätzen verbieten kann, s. Anlage. Lediglich bei Ruhestörung schreitet die Polizei ein. Doch wenn der Polizeiwagen sich der Gruppe nähert, wird für den Zeitraum des Polizeiaufenthaltes die Automusikanlage runtergefahren oder sogar ausgeschaltet. Ist die Polizei weg geht die „Lärmparty“ von vorne los.

Wir Anlieger sehen nur in einer ordnungsbehördlichen Anordnung, die den Konsum von alkoholischen Getränken verbietet und verbunden mit einem Glasverbot auf diesem Parkplatz und in der Schutzhütte, eine Möglichkeit für die städtische Ordnungsbehörde und nach deren Dienstschluss für die Polizei hier in unserem Sinne einzugreifen.

Wir haben genug von Gesprächen mit „nichtzuständigen“ und nicht „einschreitungswilligen“ Behörden.

Wir haben genug von Gesprächen mit nichteinsichtigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Wir bitten daher die Ausschussmitglieder und den Bornheimer Stadtrat in unserem Antragssinne zu beschließen.